

An die Medien in NRW



29. Juni 2011

Gemeinsame Pressemitteilung von  
Wohlfahrtsverbänden und  
Verbraucherzentrale NRW

## Pressestelle

c/o Caritas in NRW  
Lindenstr. 178, 40233 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 516066-20  
Telefax: (0211) 516066-25  
E-Mail: [presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de](mailto:presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de)  
V.i.S.d.P.: Markus Lahrmann, Pressesprecher

## Rettungsschirm für die Schuldnerberatung?

### Bundesweite Aktionswoche der Schuldnerberatung

**Zwischen drei und vier Millionen Privathaushalte sind in Deutschland überschuldet. Demgegenüber stehen bundesweit lediglich knapp 1.000 gemeinnützige Beratungsstellen bei den Schuldner- und Verbraucherverbänden. Die Folgen sind vielerorts fatal: Monatelange Wartezeiten, verzweifelte Ratsuchende, völlig überlastete Beratungskräfte und keinerlei Spielräume für die unverzichtbare präventive Arbeit.**

„Während für die Banken Milliarden schwere Rettungsschirme gespannt werden, lässt man die Beratungsstellen und somit die betroffenen Menschen im Regen stehen“ klagt Matthias Bruckdorfer, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV). Auch die Verbraucherzentrale NRW hat gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege einen Beitrag zur Finanzierungssicherung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung und zur Stärkung der Verbraucherfinanzbildung über die Einrichtung eines Bankenfonds angeregt. Verbraucherzentralen-Vorstand Klaus Müller: „Ein Bankenfonds wäre eine weitere wichtige Säule für den Erhalt und die Stärkung bestehender Beratungs- und Bildungsangebote und könnte somit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der steigenden Überschuldung und zur Stärkung der Finanzkompetenz privater Haushalte leisten. Dies wäre auch ein gutes Signal für die Allgemeinwohlorientierung der Bankenseite.“ Andreas Meiwes, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW, ergänzt: „Bedauerlicherweise sind die im Frühjahr 2011 durchgeführten Spitzengespräche zwischen NRW-Familienministerin Ute Schäfer und den Vorständen von Bankenvereinigung NRW und Rheinisch-Westfälischem Genossenschaftsverband zur Einrichtung eines Bankenfonds in NRW bisher erfolglos geblieben. Auch haben die Bankenvertreter bisher keine weitergehende Gesprächsbereitschaft in Aussicht gestellt. Es bleibt zu hoffen, dass der Dialog in naher Zukunft wieder aufgenommen werden kann und sich auch die Privatbanken sowie die Volks- und Raiffeisenbanken dem Vorbild des NRW-Sparkassenfonds anschließen, der seit 1998 Schuldnerberatungsstellen in NRW mit einem regelmäßigen Finanzierungsbeitrag unterstützt.“ Klaus Müller: „Hinter einer solchen Initiative stünde auch die breite Mehrheit der Bevölkerung, wie

**Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen**



# Freie Wohlfahrtspflege NRW

eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Verbraucherzentrale anschaulich belegt: 71 % der befragten 1.001 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben sich im April 2010 für eine finanzielle Beteiligung der Banken an der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung und der Verbraucherinformation über Finanzmärkte ausgesprochen.“

Wegen der ungenügenden Beratungskapazität ist es derzeit nur ca. zehn Prozent der überschuldeten Menschen möglich, in einer Schuldnerberatungsstelle kostenlose Hilfe zu erhalten. Aktuell gibt es in Deutschland etwa 1.000 gemeinnützige Beratungsstellen mit rund 1.500 Beraterinnen und Beratern in den Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherzentralen. Das fehlende Beratungsangebot führt zu weit reichenden finanziellen und sozialen Problemen bei den Betroffenen und in der Folge zu staatlichen Mehrausgaben. Angesichts dieses quantitativ völlig unzureichenden Angebots an sozialer Schuldnerberatung weisen Verbraucherzentrale NRW und Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW auf verschiedene Missstände hin und fordern Nachbesserungen ein:

- Die Finanzierung der Schuldnerberatung und der Verbraucherfinanzbildung muss eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Schuldnerberatungsstelle unter Berücksichtigung tariflicher Löhne, Verwaltungskosten, Fortbildung und Sachkosten umfassen. Nur dadurch kann die Qualität und der Erfolg der Schuldnerberatung sichergestellt werden.
- Die aktuelle und oftmals nur kurz befristete Finanzierung aus vielen Töpfen gibt den Trägern keine Planungssicherheit und erhöht den Verwaltungsaufwand.
- Die Zugänge über die kommunale Finanzierung sind uneinheitlich und schließen viele Hilfesuchende aus. Insbesondere bleibt gerade die präventive Beratung noch Erwerbstätiger oftmals ausgeschlossen.
- Vielerorts gibt es wegen der Finanzierung eine Trennung zwischen sozialer Schuldnerberatung und Insolvenzberatung. Dies widerspricht der Beratungspraxis der Schuldnerberatung und wirkt sich kontraproduktiv im Hinblick auf das Entschuldungsziel aus.
- Zur Bemessung des Bedarfs an Beratungsfachkräften liegt kein einheitlicher Personalschlüssel entsprechend einer Einwohnerzahl zugrunde.
- Die Finanzierungsdefizite können nicht von den betroffenen Schuldnern selbst aufgebracht werden.

Seit nunmehr zehn Jahren initiiert die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) die bundesweite „Aktionswoche Schuldnerberatung“. Grundsätzliches Ziel der Aktionswoche ist es, die Öffentlichkeit für die Situation überschuldeter Haushalte zu sensibilisieren und dabei die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung der betroffenen Familien und deren Kindern deutlich zu machen. Im Fokus der Aktionswoche 2011, die vom 27. Juni bis 01. Juli stattfindet, steht das Thema „Finanzierung der Schuldnerberatung“.

Politische Forderungen, weitere Informationen und Hintergrundmaterialien finden Sie unter [www.aktionswoche-schuldnerberatung.de](http://www.aktionswoche-schuldnerberatung.de) und [www.agsbv.de](http://www.agsbv.de).

Der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände gehören an:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)

Deutsches Rotes Kreuz (DRK)

Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e. V. (BAG-SB)

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V. (DW EKD)

Deutscher Caritasverband e. V. (DCV)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV)

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen

